

Abgeordneten der Universität hat sich über allgemeine Gegenstände ausführlich verbreitet, welche schon mehrmals auch in diesem Saale der Verhandlung unterlagen. Das, was der geehrte Herr Bürgermeister Dr. Koch dieser Rede anschloß, ist wohl geeignet, eine gewisse Zurückhaltung zu rechtfertigen, die ich selbst gleich der geehrten Finanzdeputation in dieser Frage zu beobachten mich veranlaßt finde. Ich will indeß doch auch nicht ganz eine Erwiderung schuldig bleiben. Ich kann einen großen Theil, ja fast das Ganze der Rede von Seiten der Staatsregierung unterschreiben. Sie hat sich darüber so oft ausgesprochen, daß sie die Mängel unserer Bundesverfassung erkenne und denselben, was an ihr liegt, auch abzuheben bestrebt ist, daß wohl über ihre Gesinnung in dieser Beziehung kein Zweifel bestehen kann, und wenn der geehrte Herr Bürgermeister Dr. Koch das freimüthige Bekenntniß ablegte, daß in diesem Augenblicke den Parteien überall der Boden entzogen sei, so liegt gewiß für die Regierungen Deutschlands in einer solchen Wahrnehmung keineswegs Anlaß zu der Betrachtung, daß man nun die Dinge ruhig ihren Gang gehen lassen könnte; im Gegentheil, nach der Ansicht der diesseitigen Regierung sollte in diesem Zustande eine Aufforderung mehr liegen, voranzugehen und weiter zu bauen, wo dies überhaupt möglich ist. Ich theile aber auch anderseits den ausgesprochenen Gedanken, daß wir vielleicht jetzt uns in Verhältnissen befinden, welche eine thatsächliche Entwicklung gegenüber den Doctrinen und auch den Regierungsplänen in Aussicht stellen, und daß dabei mancher Wunsch, namentlich auch der Erfüllung finden kann, den der geehrte Abgeordnete der Universität zu Anfange seiner Rede betonte. Wenn im Uebrigen mit Recht über Mängel unserer Bundesverfassung und manche sich daraus ergebende Unzuträglichkeiten geklagt wird, so möchte ich doch von der andern Seite, wie ich dies schon bei einem früheren Anlaß gethan habe, auch daran erinnern, daß man über die Uebel das Gute nicht allzu sehr vergesse. Es ist uns Deutschen einmal das eigenthümlich, daß wir uns zwischen zwei Gegensätzen gern bewegen, zwischen einer unerschütterlichen Genügsamkeit und einer unwandelbaren Unzufriedenheit. Wir lassen uns lange genügen mit Zuständen, die nicht befriedigend sein können, und wenn einmal die Nothwendigkeit einer Besserung erkannt worden ist, so wird immer zu viel auf einmal verlangt und eine allmähliche Anbahnung des Besseren nicht immer vollständig gewürdigt. Es ist unstreitig ein großer Vortheil, daß sich frischeres Leben in dem Bunde entwickelt hat, was sich wieder in neuerer Zeit auf recht sichtbare Weise bethätigt, daß ferner, seitdem der deutsche Bund besteht, der innere Krieg zur Unmöglichkeit geworden ist; wenigstens thatsächlich ist er vom deutschen Boden verschwunden. Ähnliches hat sich vor dem Bestehen des deutschen Bundes in Deutschland nicht gezeigt. Wir haben bis dahin gesehen, daß Deutsche und Deutsche sich bekämpften

und wie man bereits vor 14 Jahren nahe an einem Bürgerkriege von diesem Abgrunde zurück- und umkehrte, so ist auch in neuerer Zeit dieser unglückliche Ausgang vermieden worden und man darf hoffen, er ist vermieden worden, ohne daß die Hoffnung deswegen aufgegeben werden müsse, daß diejenigen Ziele, welche blutig hätten verfolgt werden sollen, auf friedlichem Wege, soweit sie das Innere von Deutschland betreffen, erreicht werden können. Es ist auch seit dem Jahre 1848 in unserm deutschen Bundesleben Vieles besser geworden, als es früher der Fall war, und ich kann nicht zugeben, daß der deutsche Bund bis in die neueste Zeit in seiner Geltung Rückschritte gemacht hat; ich glaube, er hat Fortschritte gemacht. Man darf ja wohl daran erinnern, ohne daß die Regierung darin eines Mangels an Rücksichten sich schuldig macht, wie die deutschen Bundesverhältnisse sich in der Zeit von 1815 bis 1848 gestaltet haben. Das Verhältniß war das, daß zwei Regierungen und eigentlich bloß ein Staat der leitende war, ohne der führende zu sein, während die übrigen Regierungen, selbst wenn sie bedeutenden Staaten vorstanden, ein Wort in deutschen Angelegenheiten nicht mitsprechen durften, nicht gehört wurden. In neuerer Zeit ist das anders geworden; es hat sich das Bundesleben in den Regierungen selbst mehr geregelt, ihre Theilnahme ist eine lebendigere, ihre Stimme ist eine lautere geworden; sie werden gehört und können einen gewissen Einfluß üben, der ein heilsamer sein wird, wenn er sich in Uebereinstimmung mit den Völkern und deren Vertretung vernehmen läßt. Der neueste Vorgang, dessen der geehrte Herr Präsident eben in einer, von mir so dankbar anerkannten Weise gedachte, ist ein neuer Beleg für diesen Fortschritt. Man sieht, daß ein Staatsmann mit Freimuth und Festigkeit die Ansichten, die nicht gefallen, vertheidigen kann und deswegen doch nicht in das schwarze Register gestellt und verfolgt wird, wie das in früherer Zeit der Fall war. Man sieht also, das allgemeine Ziel ist entschiedener hervorgetreten und zur Richtschnur für die größern Regierungen geworden. Es hat der geehrte Abgeordnete der Universität darauf hingewiesen, daß die gewisse Bethargie, welche sich in Deutschland unter dem Bunde entwickelt hat, durch das Aufhören der Verbindung zwischen Volk und Centralgewalt entstanden sei. Ich glaube, er geht dann in seinen deutschen Erinnerungen etwas weit hinter die Zeit zurück, wo der deutsche Bund entstand; denn das, was an ähnlichen Elementen unmittelbar vorher bestand, mit diesem wird wohl der jetzige Zustand den Vergleich aushalten können. So sehr auch die Regierung ihrerseits für die Vertretung am Bunde ist, so muß sie doch auch davor warnen, daß nicht alle Hoffnungen und alle Klagen auf der andern Seite auf diesen Punkt gesetzt werden und sehr beachtenswerth ist das, was der geehrte Bürgermeister Dr. Koch in Bezug auf die Nothwendigkeit einer starken